



Hintergrundinformationen zur Europäischen Konsenskonferenz zum Thema Obdachlosigkeit

Zweck des vorliegenden Dokuments ist es, Hintergrundinformationen zur **Europäischen Konsenskonferenz zum Thema Obdachlosigkeit** zu vermitteln, die am 9. und 10. Dezember 2010 in Brüssel stattfinden wird. Lesen Sie zudem den Eintrag im Terminkalender und die Pressemitteilung zu dieser Veranstaltung.

1. Obdachlosigkeit in Europa

Arten der Obdachlosigkeit in Europa: Während in den letzten Jahren in einigen EU-Mitgliedstaaten erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen waren, spitzt sich das Problem der Obdachlosigkeit in manch anderen Mitgliedstaaten zu. Obdachlosigkeit ist komplex und vielschichtig. Es können sowohl Einzelpersonen als auch Haushalte davon betroffen sein. Wann Menschen zu Obdachlosen werden, wie lange und in welcher Form sie obdachlos sind, ist aber sehr unterschiedlich. Straßenobdachlosigkeit ist die sichtbarste und extremste Form von Armut und Ausgrenzung, aber auch in vielen anderen Fällen können Menschen als obdachlos gelten, zum Beispiel, wenn sie in Not- oder Übergangsunterkünften hausen, zeitweilig bei Familienangehörigen oder Freunden unterkommen, von Vertreibung bedroht sind oder in unangemessenen und unsicheren Unterkünften leben.

Profile von Menschen, die in Europa obdachlos sind: Klischeehaft stellen sich die meisten Menschen einen Obdachlosen als alleinstehenden Mann mittleren Alters vor, der im Park schläft. Dieses Klischee spiegelt aber keinesfalls das sich verändernde Bild der obdachlosen Bevölkerung wider, die sich in zunehmendem Maße aus Jugendlichen, Frauen, Opfern von Familientragödien, Einwanderern und Asylbewerbern zusammensetzt.

Ursachen der Obdachlosigkeit in Europa: Die Ursachen sind häufig vielschichtig und miteinander verknüpft. In der Regel sind mehrere Faktoren gleichzeitig dafür verantwortlich, dass eine Person obdachlos wird. Dazu zählen:

1. Persönliche Faktoren: Scheitern einer Beziehung, häusliche Gewalt, Tod des Partners, Verlust des Arbeitsplatzes, Drogenmissbrauch
2. Institutionelle Faktoren: Mangel an ausreichenden Unterstützungsdiensten, zum Beispiel nach der Gefängnisentlassung oder der Entlassung aus einer psychiatrischen Klinik
3. Strukturelle Faktoren: Mangel an ausreichenden und bezahlbaren Wohnungen, hohe Arbeitslosenzahlen, soziale Auswirkungen der Obdachlosigkeit in Europa: Obdachlosigkeit hat weitreichende Konsequenzen sowohl für Einzelpersonen als auch für die Gesellschaft. Obdachlosigkeit wirkt sich in zahlreichen Bereichen negativ auf die Lebensqualität der Menschen aus, beispielsweise wird die psychische und physische Gesundheit in Mitleidenschaft gezogen. Obdachlosigkeit schädigt zudem die Gesellschaft in Bezug auf soziale Kohäsion und Sozialausgaben.

Daten über Obdachlosigkeit in Europa: Das Ausmaß der Obdachlosigkeit in der EU lässt sich nicht genau messen. Nicht nur in den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheiden sich die Definitionen von Obdachlosigkeit voneinander, es gibt auch keine gemeinsame Arbeitsdefinition von Obdachlosigkeit auf EU-Ebene. Das Problem, ein verlässliches Bild der Obdachlosigkeit in Europa zu erhalten, wird des Weiteren durch die Tatsache verschärft, dass einige Mitgliedstaaten über umfangreiche Datensammlungen und Berichte zum Thema Obdachlosigkeit verfügen, während in zahlreichen anderen Ländern die Daten lediglich einige wenige Aspekte der Obdachlosigkeit abdecken. Es gibt sogar Länder, in denen keine oder nur sehr wenige Daten gesammelt werden und die Berichterstattung widersprüchlich ist. Um effektive Maßnahmen zu entwickeln, ist es wichtig, über vergleichbare und verlässliche Daten und Informationen zum Thema Obdachlosigkeit zu verfügen.



Insbesondere aufgrund der EU-Studie „Measurement of Homelessness at EU level“ (Edgar et al, 2007)¹ und des Projekts MPHASIS (Mutual Progress on Homelessness Through Advancing and Strengthening Information Systems)², das darauf abzielte, die Überwachung von Informationen zu Obdachlosigkeit und Wohnraumunterversorgung in 20 europäischen Ländern auf der Basis der Empfehlungen der EU-Studie zu verbessern, wurden auf europäischer Ebene einige Fortschritte erzielt.

Fortschritte bei der Bekämpfung der Obdachlosigkeit in Europa: In den vergangenen Jahren wurden in Europa immer mehr nationale, regionale und lokale Strategien mit klaren Grundsätzen und bestimmten Zielen entwickelt, die die Reduzierung und sogar die Ausmerzung der Obdachlosigkeit³ vorsahen. Dank einiger dieser Strategien wurden beeindruckende Fortschritte in Bezug auf die Vermeidung von Obdachlosigkeit und einen leichteren Ausweg aus der Obdachlosigkeit erzielt.

2. Europäischer politischer Kontext

EU-Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung

Die Bekämpfung der Obdachlosigkeit ist zu einer vordringlichen Aufgabe geworden, da sie einen wichtigen Bestandteil der EU-Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung ausmacht. Dank des Berichterstattungsmechanismus der nationalen Strategieberichte für Sozialschutz und soziale Eingliederung wurde die Bekämpfung der Obdachlosigkeit allmählich zu einem immer wichtigeren Punkt auf der Tagesordnung.

Mithilfe der EU-Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung (auch „offene Koordinierungsmethode im Bereich Soziales“ genannt) koordiniert und unterstützt die Europäische Union nationale Maßnahmen und die Entwicklung von Richtlinien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf der Grundlage der gemeinsamen europäischen Grundsätze und Ziele. Die EU verfügt zudem über einen gemeinsamen Berichterstattungsmechanismus, über vereinbarte Indikatoren und endgültige politische Schlussfolgerungen, die von der Europäischen Kommission und dem Rat der Europäischen Union gemeinschaftlich angenommen wurden.

Die Konsenskonferenz stellt eine gute Gelegenheit dar, der EU bei der Erleichterung und Unterstützung der Entwicklung effektiver Strategien im Kampf gegen Obdachlosigkeit eine genaue Funktion zuzuweisen. Die Konferenz wird dabei helfen, zu bestimmen, was zu tun ist, um an den Gemeinsamen Bericht 2010 auf EU-Ebene angemessen anzuknüpfen. Sie wird ebenfalls dazu beitragen, dass das Thema Obdachlosigkeit, das zurzeit in aller Munde ist, auf EU-Ebene in eine effektivere politische Koordinierung und Unterstützung umgewandelt wird. Der jährliche „Gemeinsame Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung“ wird von der Europäischen Kommission und dem Ausschuss für Sozialschutz herausgegeben. Dieser Bericht stellt die endgültige politische Schlussfolgerung dar, die aus dem Berichterstattungsmechanismus der EU-Strategie für Sozialschutz und soziale Eingliederung resultiert. Dem Thema Obdachlosigkeit wurde erstmals im „Gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung“ von 2005 Priorität eingeräumt. Bis 2009 wurde im Bericht festgestellt, dass bei der Bekämpfung der Obdachlosigkeit als äußerst ernste Form der Ausgrenzung unermüdliche Arbeit geleistet werden muss. Die Mitgliedstaaten übermittelten zu diesem Problem nationale Berichte.

Im gemeinsamen Bericht der europäischen Kommission und des Rates der Europäischen Union über Sozialschutz und soziale Eingliederung von 2010⁴ werden Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, Strategien zu entwickeln, bei denen der Fokus auf folgenden Punkten liegt:

¹ <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=1998&langId=de>

² Siehe <http://www.trp.dundee.ac.uk/research/mphasis/index.html>

³ Siehe [eigene Webseite zu diesem Thema](#) auf der Website von FEANTSA sowie „Ending Homelessness: A Handbook for Policy Makers“, eine Ressource von FEANTSA, in der erfolgreiche Ansätze im Kampf gegen Obdachlosigkeit aufgezeigt werden.

⁴ <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st06/st06500.de10.pdf>



- Prävention als kosteneffizienteste Methode zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit. Insbesondere wird der Schwerpunkt auf die Reduzierung von Vertreibungen gelegt. Ebenso soll es weniger häufig vorkommen, dass Menschen Einrichtungen verlassen, ohne ein Heim zu haben.
- Die Hilfe muss über die bloße Bereitstellung von vorübergehenden bzw. Notunterkünften hinausgehen: Es sind umfassende Maßnahmen erforderlich, damit Menschen geholfen werden kann, eine unterstützte und /oder dauerhafte Unterkunft zu beziehen.
- Es soll ein Ansatz verfolgt werden, nach dem Einzelpersonen zuallererst eine sichere Unterkunft ermöglicht wird. In Fällen, in denen Menschen zusätzliche Unterstützung benötigen, soll es nicht bei der Bereitstellung einer Unterkunft bleiben.
- Verbesserte Regierungsführung mit Schlüsselementen, zu denen wahrscheinlich Folgendes zählt: starke Führung durch die öffentliche Hand, effektive Teilnahme aller wichtigen Interessengruppen, Konsens über die vereinbarte Strategie.



Die Strategie Europa 2020: Reduzierung von Armut und Ausgrenzung als Ziel

Am 17. Juni 2010 verabschiedete der Europäische Rat die neue Strategie Europa 2010, in der die Prioritäten für das nächste Jahrzehnt festgelegt wurden. Zu diesen Prioritäten zählt die Förderung der sozialen Eingliederung, die insbesondere durch die Reduzierung der Armut erreicht werden soll. Bis 2020 möchte die EU für mindestens 20 Millionen Menschen das Armuts- und Ausgrenzungsrisiko verringern. Um dies zu erreichen, müssen die EU-Mitgliedstaaten diese Zielvorgabe in konkrete und zu verwirklichende Ziele bei der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Armut auf Landesebene umsetzen. Der Vorschlag der Kommission für 2020 beinhaltet eine „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“, um „Maßnahmen zu konzipieren und durchzuführen, die den besonderen Umständen bestimmter, besonders gefährdeter gesellschaftlicher Gruppen (wie ... Obdachlose) gerecht werden“⁵.

Die Konsenskonferenz stellt einen Ausgangspunkt für die Entwicklung einer systematischeren Überwachung dar. Des Weiteren ermöglicht sie es den Mitgliedstaaten, voneinander zu lernen und so eine gemeinsame Herangehensweise an die Bekämpfung von vorrangigen Problemen, wie beispielsweise Obdachlosigkeit, zu entwickeln.

Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Konsenskonferenz findet während des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung⁶ statt. Das zentrale Ziel dieses Jahres ist es, das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu schärfen und das politische Engagement der EU und der einzelnen EU-Mitgliedstaaten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu beleben. Beim Thema Obdachlosigkeit handelt es sich um einen wichtigen Politikbereich im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Politische Koordinierung im Bereich Obdachlosigkeit auf EU-Ebene

Das Europäische Parlament hat eine Reihe an wichtigen Initiativen zum Thema Obdachlosigkeit auf den Weg gebracht. Dazu zählt, dass es 2008 eine schriftliche Erklärung verabschiedet hat, in der die Beendigung der Straßenobdachlosigkeit in Europa gefordert wurde. In der Erklärung wird der Rat der Europäischen Union dazu aufgefordert, einer EU-weiten Verpflichtung zur Beendigung der Straßenobdachlosigkeit bis 2015 zuzustimmen. Die Europäische Kommission wird darin dazu aufgefordert, jährlich über die ergriffenen Maßnahmen und erzielten Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten in Hinblick auf die Beendigung der Obdachlosigkeit zu berichten. Die Mitgliedstaaten werden eindringlich gebeten, als Teil von umfassenden Obdachlosenstrategien „Winternotpläne“ zu erarbeiten.

Ende 2009 hat das *EU-Netz der unabhängigen Sachverständigen für soziale Eingliederung* einen Bericht⁷ über Obdachlosigkeit und Wohnraumunterversorgung in den EU-Mitgliedstaaten verfasst. Darin werden konkrete Empfehlungen für die zukünftige Obdachlosenpolitik auf EU-Ebene gegeben. In diesem Bericht wird dazu aufgefordert, dass Obdachlosigkeit als integraler Bestandteil der offenen Koordinierungsmethode im Bereich Soziales verstanden wird. Dieser Stellenwert soll gefestigt und auch nach 2010 beibehalten werden. Im Bericht wird die Notwendigkeit einer förmlich vereinbarten Definition betont und ebenso hervorgehoben, dass sich die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen Rahmen und einheitliche Richtlinien für die Messung, Überwachung und Berichterstattung in Bezug auf Obdachlosigkeit und Strategien gegen Obdachlosigkeit einigen müssen. Die Konsenskonferenz könnte dazu beitragen, diese Empfehlungen im Rahmen der Strategie Europa 2020 in wirksame Maßnahmen umzusetzen.

Am 6. September 2010 haben fünf Abgeordnete des Europäischen Parlaments eine fraktionsübergreifende schriftliche Erklärung über die Notwendigkeit einer EU-Strategie gegen Obdachlosigkeit verfasst. Sie wurde bereits

⁵ <http://eur-lex.europa.eu/Notice.do?mode=dbl&lang=en&ihtmlang=en&lng1=en,fr&lng2=bg,cs,da,de,el,en,es,et,fi,fr,hu,it,lt,lv,mt,nl,pl,pt,ro,sk,sl,sv,&val=509103:cs&page=>

⁶ www.2010againstopoverty.eu

⁷ <http://www.peer-review-social-inclusion.eu/network-of-independent-experts/2009/homelessness-and-housing-exclusion>



von mehr als 200 Abgeordneten unterschrieben. Die Konsenskonferenz könnte dazu beitragen, dass bei diesen eindeutigen Forderungen nach mehr strategischer politischer Koordinierung auf EU-Ebene im Bereich Obdachlosigkeit seitens der einzigen direkt gewählten Institution der Europäischen Union Fortschritte erzielt werden.

Im Oktober 2010 hat der Ausschuss der Regionen eine eigene Initiativstellungsnahme zum Thema Obdachlosigkeit veröffentlicht und darin spezifiziert, dass die EU im Kampf gegen Obdachlosigkeit mehr tun muss.



3. Die Methodik der Konsenskonferenz

Die europäische Konsenskonferenz zum Thema Obdachlosigkeit ist ein innovatives Verfahren, um bei komplexen und schwierigen Problemen Fortschritte zu erzielen. Zum ersten Mal wird dieses Verfahren auf EU-Ebene im Bereich Sozialpolitik angewendet.

Ein bestimmtes Tool

Eine sogenannte „Konsenskonferenz“ kann als öffentliche Untersuchung angesehen werden, bei der eine Jury mit der Bewertung von gesellschaftlich kontroversen Themen betraut ist. Sachverständige auf dem zur Debatte stehenden Gebiet stellen der Jury Informationen und Beweise zur Verfügung und die Jury hat die Möglichkeit, Fragen zu stellen, bevor sie die Beweise unter sich begutachtet und einen Bericht über das Ergebnis abliefern. Der Zweck besteht darin, die Debatte über einen Streitpunkt fernab von bestimmten Experten und Interessengruppen zu führen, um den Beurteilungsprozess in Hinblick auf die Entscheidungsfindung zu vereinfachen. Laut Torben Jorgenson (1995)⁸ kombiniert eine Konsenskonferenz Elemente aus folgenden Modellen:

- Gerichtsverfahren mithilfe von Geschworenen
- Konferenz von Wissenschaftlern des gleichen Gebiets
- Eine Art Bürgerversammlung unter Beteiligung der Öffentlichkeit

Konsenskonferenzen wurden das erste Mal in den 1970er Jahren in den USA als Verfahren im Zusammenhang mit Medizintechnik genutzt. Die Methodik wurde seitdem angepasst und auf verschiedene Kontexte ausgeweitet. In den 1980er Jahren wurden Konsenskonferenzen verstärkt vom Danish Board of Technology im Bereich Technologiebewertung abgehalten. Bei diesem besonderen Modell besteht die Jury stets aus Laien, und die Konsenskonferenz wird als Verfahren für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Wissenschaft angesehen. Bei der Konsenskonferenz handelt es sich um ein flexibles Verfahren, das auf eine breite Palette an Kontexten und Zwecken angewendet werden kann. Erst kürzlich hat diese Methode Eingang in die Sozialpolitik im Allgemeinen und in den Bereich Obdachlosigkeit im Besonderen gefunden. Die Europäische Konsenskonferenz zum Thema Obdachlosigkeit stellt die erste Konsenskonferenz im Bereich Soziales auf europäischer Ebene dar. Ein wichtiger Vorläufer war die Konsenskonferenz Frankreichs zum Thema Obdachlosigkeit „Sortir de la Rue“, die 2007 in Paris⁹ stattfand.

Die Konsenskonferenz und ihre Ergebnisse könnten im Bereich Obdachlosigkeit Grundlagen schaffen, auf deren Basis das Rahmenwerk der EU für länderübergreifende Unterstützung, Überwachung und gegenseitiges Lernen wirkungsvoller gestaltet werden könnte. Obwohl in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte erzielt wurden, werden weitere Fortschritte im Bereich Obdachlosigkeit auf EU-Ebene aufgrund der Uneinigkeit über wesentliche Aspekte des Problems behindert. Politische Unterstützung und Koordinierung auf EU-Ebene werden aufgrund des breiten Spektrums an Perspektiven, Realitäten und Auffassungen in Bezug auf Obdachlosigkeit und Obdachlosenpolitik zu einer echten Herausforderung. Daher ist ein Konsens erforderlich, an dem sich zukünftige Maßnahmen orientieren.

Durch die offene Koordinierungsmethode im Bereich Soziales bietet die Europäische Union derzeit einen Rahmen für die Entwicklung von Richtlinien und die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten bei Fragen und Problemen, die mit Armut und sozialer Ausgrenzung in Zusammenhang stehen. Die Konsenskonferenzmethode entspricht den Prinzipien der offenen Koordinierungsmethode, da es sich bei einer solchen Konferenz um ein innovatives, handlungsorientiertes und partizipatorisches Instrument handelt, das aktiv verschiedene Interessengruppen und harte Fakten miteinander vereint sowie mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang ist.

⁸ Jorgensen, Torben (1995) „Consensus conferences in the health sector“ 17 – 31 in Public Participation in Science: the Role of the CC in Europe, Joss Simon und Durant John (Herausgeber), Science Museum, London

⁹ Siehe <http://sans-abri.typepad.fr/>



Schaffung der Voraussetzungen: Der Vorbereitungsausschuss

Eine gründliche Vorbereitungsphase ist für eine Konsenskonferenz unabdingbar. In diesem Fall zeichnete ein zwanzigköpfiger Vorbereitungsausschuss für die Planungsphase verantwortlich. Er setzte sich aus verschiedenen Interessengruppen aus dem Bereich Obdachlosigkeit zusammen: Nicht-Regierungsorganisationen, Wissenschaftler, Vertreter öffentlicher Behörden, Menschen, die Erfahrung mit Obdachlosigkeit gemacht haben, sowie Vertreter aus benachbarten Themengebieten, wie beispielsweise aus der Sozialwohnungswirtschaft. Die Zusammensetzung des Vorbereitungsausschusses ist geografisch ausgewogen. Es wurden Vertreter aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten in den Ausschuss berufen. Hauptaufgaben des Vorbereitungsausschusses:

- Ermittlung der Kernfragen, die in der Konsenskonferenz angesprochen werden
- Auswahl der Jurymitglieder, die einen Konsens erwirken sollen
- Auswahl der Sachverständigen, die der Jury zu den wichtigen Fragen Informationen und Beweise zur Verfügung stellen

Im Vorfeld der Konsenskonferenz hat der Vorbereitungsausschuss Fragen ausgewählt, bei deren Beantwortung Uneinigkeit besteht, wodurch derzeit politische Fortschritte auf EU-Ebene erschwert werden. Der Ausschuss hat ebenfalls drei Sachverständige bestimmt, die zu jeder wichtigen Frage Informationen und Beweise bereitstellen. Der Vorbereitungsausschuss hat versucht, sicherzustellen, dass verschiedene Perspektiven mit unterschiedlichem Fachwissen einbezogen und divergierende Perspektiven in Bezug auf die Kernfragen berücksichtigt werden. Die Sachverständigen wurden darum gebeten, schriftliche Beweise während der Konsenskonferenz einzureichen. Die Mitglieder der Jury und die Teilnehmer der Konsenskonferenz (ca. 400 Personen) haben Gelegenheit, die Sachverständigen zu ihren Beweisen zu befragen, um Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Jury

Der Vorbereitungsausschuss hat sieben Jurymitglieder ausgewählt. Die Jury setzt sich aus Sachverständigen aus dem Bereich Soziales zusammen, die nichts mit dem Bereich Obdachlosigkeit zu tun haben und als anerkannte Autoritäten in sozialen Fragen gelten.

Der Vorsitzende der Jury ist **Frank Vandenbroucke**, Mitglied des Senats in Belgien. Er war sowohl Minister für soziale Angelegenheiten und Renten sowie Minister für Arbeit und Pensionen in der belgischen Regierung. Im Bereich Europäische Sozialpolitik verfügt er ebenfalls über umfangreiche Erfahrung: Er hat bei der Entwicklung der offenen Koordinierungsmethode im Bereich Soziales eine entscheidende Rolle gespielt.

Der stellvertretende Vorsitzende der Jury ist der spanische Anwalt und Menschenrechtsaktivist **Álvaro Gil-Robles**. Er war von 1999 bis 2009 der erste Kommissar für Menschenrechte des Europarats.

Die weiteren Mitglieder der Jury:

- **Máté Szabó**, Parlamentarischer Beauftragter für Bürgerrechte (Ombudsman), Ungarn
- **Barbara Wolf-Wicha**, Professorin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Salzburg
- **Matti Mikkola**, Professor für Arbeitsrecht an der Universität von Helsinki und langjähriges Mitglied des Europäischen Ausschusses für soziale Rechte des Europarats
- **Mary Daly**, Professorin an der School of Sociology, Social Policy & Social Work der Queen's University Belfast und Mitglied des EU-Netz der unabhängigen Sachverständigen für soziale Eingliederung.



- **Ruth Becker**, Leiterin des Projekts Frauenforschung und Wohnungswesen am Fachbereich Raumplanung der Technischen Universität Dortmund

Die Jury hat die Aufgabe, einen Konsens in Bezug auf die Kernfragen zu erwirken, der in Form eines Berichts veröffentlicht wird. Die Mitglieder der Jury werden im Anschluss an die Konsenskonferenz hinter verschlossenen Türen tagen (am 11. und 12. Dezember), um Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese Schlussfolgerungen werden als Bericht zusammengefasst, der einige Wochen nach der Konsenskonferenz veröffentlicht wird. Dieser Bericht wird die Grundlage für die zukünftige Entwicklung von Richtlinien im Bereich Obdachlosigkeit auf europäischer Ebene schaffen.

Neben den Aussagen der Sachverständigen wird die Jury zwei Forschungsarbeiten, die im Rahmen der Europäischen Konsenskonferenz zum Thema Obdachlosigkeit in Auftrag gegeben werden, nutzen, um sich ein Urteil zu bilden:

Die Front Commun des SDF (eine nationale Plattform für obdachlose und ehemals obdachlose Menschen in Belgien) hat diese Anhörung koordiniert. Das Ziel der Anhörung besteht darin, zu gewährleisten, dass die Ansichten der Menschen, die Erfahrung mit Obdachlosigkeit gemacht haben, der Jury vorgetragen und bei der Beantwortung der Kernfragen berücksichtigt werden.

Ein internationales Team aus vier Wissenschaftlern, die in der Europäischen Beobachtungsstelle für Obdachlosigkeit tätig sind, hat einen Bericht verfasst. Das Ziel dieser Forschungsarbeit mit dem Titel „*Homelessness and Homeless Policies in Europe: Lessons from Research*“ besteht darin, eine solide Grundlage für die Empfehlungen der Jury zu schaffen, indem der Kenntnisstand in Bezug auf Obdachlosigkeit und Obdachlosenpolitik in Europa zusammengefasst wird.

Kontakt:

- Belgischer EU-Ratsvorsitz/Kabinett von Minister Philippe Courard: Waut Es – Tel.: +32 497 44 18 56, E-Mail: waut.es@minsoc.fed.be
- Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit: Antoine Saint-Denis – Tel.: +32 2 298 62 37, E-Mail: antoine.saint-denis@ec.europa.eu
- FEANTSA – Europäischer Verband der nationalen Vereinigungen im Bereich der Obdachlosenhilfe: Ruth Owen – Tel.: +32 2534 49 30, E-Mail: ruth.owen@feantsa.org